

Vorlage-Nr.: **1761-2018/DaDi**
(Referenz-Vorlage: 1712-2018/DaDi)

Aktenzeichen: 519-018

Fachbereich: Fraktion von Die Linke
Deistler, Martin

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Aus Sorge um die Zukunft des öffentlichen Kreiskrankenhauses und die stationäre und ambulante öffentlichen Pflegeeinrichtungen des Senioverbandes im Landkreis Darmstadt-Dieburg – Änderungsantrag Die Linke**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge nach dem Beitritt zur Hessenkasse und der Umsetzung der Schuldenbremse u.a. Grundsätze in der öffentlichen gesundheitlichen Versorgung und Pflege im Landkreis Darmstadt Dieburg beschließen:

1. Der Kernbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge – die Kreiskliniken Darmstadt Dieburg und die Gersprenz Pflegeheime des Senioverbandes werden nicht den Profitinteressen der privaten Anbieter in der Gesundheitsversorgung ausgeliefert. Sie verbleiben unabdingbar in der Verantwortung der öffentlichen Hand des Landkreises Darmstadt Dieburg. Der Landkreis Darmstadt Dieburg beschließt heute bis zum Ende der Wahlperiode 31.03.2021 jeder Privatisierung bzw. Teilprivatisierung der Gesundheitsvorsorge in Zeiten, wo durch Hessenkasse und Schuldenbremse droht, öffentlich Defizite der Gesundheit - und Pflege nicht mehr übernommen zu werden, eine klare Absage. Gesundheit und Pflege dürfen zu keiner Ware werden. Der Kreistag appelliert an folgende Kreistage nach 2021 die gesundheitliche und pflegerische Daseinsvorsorge in der öffentlichen Hand des Landkreises Darmstadt Dieburg zu belassen.
2. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich dafür ein, dass in den öffentlichen Kreiskliniken (TVÖD mit ZVK) bezahlt wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind möglichst durch voll zeitliche Beschäftigung zu ersetzen. Ausnahme beim Mindestlohn werden abgelehnt.
3. Der Kreistag unterstützt den hessischen Appell für mehr Krankenhauspersonal der Gewerkschaft Verdi. Der Kreistag unterstützt die Aussagen, dass es an Personal in den hessischen Krankenhäuser fehle. Darunter litten Patient innen und Angehörige. Die Beschäftigten hätten längst die Belastungsgrenze überschritten. Der Kreistag Darmstadt Dieburg setzt sich für Entlastungen in den hess. Krankenhäuser – und bezogen auf den Landkreis Darmstadt Dieburg – für seine öffentlichen Krankenhäuser Groß Umstadt und Seeheim Jugendheim ein.

Begründung:

Für die weitere Zukunft der Kreiskliniken und der Pflegeeinrichtungen im Landkreis Darmstadt Dieburg eine für Jahre gültige richtungsweisende Aussage nötig.

Daher sagt DIE LINKE „Der Kernbereich der Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben.“

Was die Bürger des Landkreises jahrelang über die Kreisumlage für die Gesundheitsvorsorge an Finanzmittel erbrachten - und teilweise mit höheren Gebühren finanzierten - darf nicht auf Jahre hin an Private „verkauft“ werden. Die „Angst“ der Beschäftigten der Kreiskliniken und der Seniopflegeheime ist in dieser Frage gegeben. Ihnen muss durch einen aktuellen Beschluss des Kreistages für die nächste Jahre die Angst genommen werden.

In Hessen fehlen nach Berechnungen von Verdi über 11000 Stellen nichtärztlichen Bereich. Das bedeutet: Es fehlt jeder sechste Arbeitsplatz. In Deutschland muss eine Pflegekraft pro Tagesschicht im Durchschnitt 10 Patienten/innen betreuen. In England sind es acht – in den Niederlande und in der Schweiz fünf und in Norwegen gar nur vier. Die gefährliche Arbeitssituation in den hess. Krankenhäuser gefährdet nicht nur unsere Gesundheit – sondern auch die der Beschäftigten. Der Kreistag Darmstadt Dieburg unterstützt diesen Appell für mehr Personal im Krankenhaus. Er fordert auch die Verantwortlichen der Kreiskrankenhäuser Darmstadt Dieburg zum generellen Handeln in Hessen – aber auch im Landkreis Darmstadt Dieburg – für einen nachvollziehbare und öffentliche überprüfbare Personalbemessung in unseren öffentlichen Krankenhäuser auf.